



## 94 Prozent Zustimmung

hatte die Koalition der 5-Sterne-Bewegung mit der Lega bei der Abstimmung am 18. Mai 2018 auf der 5-Sterne-Onlineplattform „Rousseau“ von den 5-Sterne-Aktivistinnen erhalten. 44.796 der Abstimmenden waren für die Zusammenarbeit mit den Rechtspopulisten, 2522 dagegen.

### Die Kernelemente des neuen Regierungsprogramms

ROM (mit). Nach dem Grünen Licht der 5-Sterne-Bewegung zu einer Allianz mit dem PD feilt der designierte Premier Giuseppe Conte an den letzten Einzelheiten der Regierungsagenda, die er Präsident Sergio Mattarella heute vorlegen will. Dabei musste Conte das sich inzwischen auf 26 Punkte ausgedehnte Programm der „Cinque Stelle“ mit jenem des PD auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Die 26 Punkte wurden gestern auf dem 5-Sterne-Blog veröffentlicht. 5-Sterne-Chef Luigi Di Maio versicherte, dass alle Punkte ins Regierungsprogramm aufgenommen werden. Hier die Kernelemente:

**Wirtschaft:** Die 5-Sterne-Bewegung will sich um eine expansive Wirtschaftspolitik bemühen, zugleich jedoch auf Haushaltsstabilität achten. Prioritär ist die Abwendung einer Erhöhung der Mehrwertsteuer (IVA), sowie die Förderung öffentlicher Investitionen. Senkung der Lohnnebensteuer und Reform des Steuersystems sind weitere Anliegen der Bewegung.

**Beschäftigung:** Die 5-Sterne pochen auf die Einführung eines gesetzlich festgelegten Mindestlohns und auf stärkere soziale Garantien für Arbeitnehmer, die nicht vom Kollektivvertrag geschützt sind. Ziel sei jede Form von Ausbeutung, vor allem junger Arbeitnehmer, zu bekämpfen. Geplant ist ein strategisches Programm zur Vorbeugung von Arbeitsunfällen und von Berufskrankheiten. Hinzu soll Chancengleichheit am Arbeitsplatz garantiert werden.

**Familien- und Sozialpolitik:** Unterstützung für Familien und Behinderte, Strategien gegen Mangel an Sozialwohnungen, sowie Förderung der Fortbildung sind weitere Schwerpunkte.

**Umweltpolitik:** Die Bewegung drängt auf einen „Grünen Pakt“. Demnach soll Umweltschutz in

die Verfassung eingebaut werden. Bei allen öffentlichen Investitionsplänen soll Umweltschutz Vorrang haben. Förderung erneuerbarer Energien, Schutz der Biodiversität und Kampf gegen Klimawandel sind einige Schwerpunkte des sogenannten „Green New Deal“ der 5-Sterne. Dieser sieht auch den Kampf gegen hydrogeologische Gefahren vor, die mit Erdstößen und Überschwemmungen verbunden sind.

**Europapolitik:** Wachstum mit sozialem Zusammenhalt, stabiler Haushalt mit Abwendung von der Austeritätspolitik der vergangenen Jahre fordert die 5-Sterne-Bewegung, die ein „solidarisches und bürgernäheres Europa“ aufbauen will.

**Politische Reformen:** Ein Gesetz zur Bekämpfung der Interessenskonflikte in Politik und Wirtschaft, eine lang erwartete Justizreform, sowie die Verkleinerung des Parlaments mit der Kürzung von 345 Parlamentariersitzen sind einige der politischen Anliegen der Bewegung. Sie drängt auch auf ein neues System zur Wahl der Mitglieder des Obersten Richterrats.

**Migrationspolitik:** Die „Cinque Stelle“ fordern eine Reform des Dublin-Asylsystems der EU und ein verstärkter Einsatz für die Entwicklungspolitik in Afrika. Sie wehren sich gegen die von dem PD geforderte Abschaffung der Sicherheitspakete, die Innenminister Matteo Salvini im Parlament durchgesetzt hat.

**Autonomie:** Der Weg zur Einführung der Autonomie, wie von den Regionen Lombardei, Venedien und Emilia Romagna gefordert wird, soll fortgesetzt werden. Zugleich solle den Bürgern in allen Regionen die selbe Qualität von Dienstleistungen garantiert werden. Die 5-Sterne fordern einen Plan zur Neuorganisation der lokalen Institutionen.

© Alle Rechte vorbehalten

# „Ein Plebiszit für die neue Regierung“

ITALIEN: 5-Sterne-Aktivistinnen stimmen deutlich für Koalition mit PD – Die zweite Regierung Conte kann starten

ROM (mit). Eine entscheidende Hürde auf dem Weg zur Bildung der zweiten Regierung Conte ist gestern überwunden worden.

Die 5-Sterne-Bewegung hat gestern das Grüne Licht seiner Aktivistinnen für eine Koalition mit dem einst verfeindeten PD erhalten. Erwartet wird, dass der designierte Premier Giuseppe Conte heute Präsident Sergio Mattarella seine Ministerliste vorstellt. 79,3 Prozent der 79.634 Mitglieder, die sich an der Befragung auf der Online-Plattform „Rousseau“ beteiligten, sprachen sich gestern für eine Regierungskoalition aus „Cinque Stelle“ und PD aus. Noch nie hatten sich so viele „Grillini“ an einer Online-Konsultation beteiligt. Wegen des starken Andrangs war der Zugang zur Plattform gestern zeitweise nicht möglich. 5-Sterne-Chef Luigi Di Maio sprach bei einer Pressekonferenz gestern in Rom von einem „Plebiszit“ für die neue Regierung.

„Ich bin über dieses Ergebnis stolz. In knapp einem Monat haben wir mit einer neuen Methode im Zeichen der Transparenz die Regierungskrise gelöst“, erklärte Di Maio. „Das neue Kabinett entsteht unter den besten Voraussetzungen: Transparenz und ein konkretes Regierungsprogramm, bei dem die Bürger im Vordergrund stehen“, sagte der 5-Sterne-Chef. „Mit dieser Online-Befragung haben wir bewiesen, dass Bürger aktiv die Zukunft ihrer Gemeinschaft bestimmen können“, kommentierte der Mailänder Informatik-Unternehmer Davide Casaleggio, Betreiber der Plattform „Rousseau“. Sein Vater Gianroberto Casaleggio hatte 2009 mit dem Starkomiker Beppe Grillo die 5-Sterne-Bewegung



5-Sterne-Chef Luigi Di Maio stellte sich gestern nach dem Online-Votum der Presse. ANSA/ALESSANDRO DI MEO

wegung gegründet, die derzeit stärkste Einzelpartei im italienischen Parlament ist. Basisdemokratie per Internet zählt zu den Grundprinzipien der Bewegung.

### PD-Chef: „Die neue Regierung wird bis zum Jahr 2023 halten“

Di Maio verteidigte das umstrittene Abstimmungsportal als Instrument der Basisdemokratie. Kritiker bemängeln bei „Rousseau“ aber fehlende Transparenz und Sicherheit. Gestern stürzte es mehrmals ab. Die Bekanntgabe des Ergebnisses verzögerte sich am Abend eineinhalb Stunden lang, während ganz Italien auf eine Entscheidung einiger Zehntausend 5-Sterne-Aktivistinnen wartete.

PD-Chef Nicola Zingaretti begrüßte das Ergebnis der 5-Sterne-Befragung. „Wir stehen einen Schritt vor einer Regierung der Umkehr. Jetzt können wir Italien

ändern“, kommentierte Zingaretti, der seit Tagen mit der 5-Sterne-Bewegung verhandelt. Die neue Regierung werde bis Ende der Legislatur 2023 halten. Allerdings steht ein großes Fragezeichen hinter der Stabilität einer solchen Koalition zwischen den beiden zerstrittenen Parteien. Denn: „Für einen Aktivistinnen der 5-Sterne ist der Name PD das gleiche wie für einen Stier ein rotes Tuch“, sagte Politanalyst Francesco Galiotti von der Denkfabrik Policy Sonar.

Die künftigen Regierungskräfte verhandelten gestern weiter über die Ministerliste. Erwartet wird, dass Di Maio, der auf den Posten des Vizepremiers verzichtet hat, zum Verteidigungsminister aufrückt. Expremier Paolo Gentiloni kommt als Außenminister infrage.

Lega-Chef Matteo Salvini beobachtet die Regierungsverhandlungen in Rom sehr kritisch. Der 46-Jährige bezeichnete

die Allianz aus PD und 5-Sterne-Bewegung als „Koalition der Sesselknecker“. „Einziges Ziel der beiden Parteien ist, Neuwahlen abzuwenden und ihre Machtpositionen im Parlament zu retten“, kritisierte Salvini. Er sparte nicht mit Kritik an Conte. Vom „Anwalt des Volkes“, wie sich der Jurist zu Beginn seiner Amtszeit als Premier einer Regierung aus Lega und 5-Sterne-Bewegung bezeichnet hatte, sei er zum „Anwalt Merkels“ geworden, sagte Salvini, der damit unterstellt, dass die neue Regierung aus „Cinque Stelle“ und PD mit dem Segel von Brüssel und der deutschen Bundeskanzlerin entstehe.

Nach der Vereidigung der neuen Regierung müssen noch beide Parlamentskammern – der Senat und die Abgeordnetenkammer – einer neuen Regierung zustimmen. Die beiden Parteien haben dort eine Mehrheit.

© Alle Rechte vorbehalten

### EUROPA-SPLITTER

# Gegen „hybride Bedrohungen“

DESINFORMATION: Neuartige Angriffe auf das Internet und auf andere Strukturen

Youtube hat beschlossen, Videos zu kennzeichnen, die von staatsfinanzierten Medien hochgeladen wurden. So sollen die Nutzer die entsprechenden Internetinhalte besser einordnen können. Ebenfalls vorige Woche trafen einander die EU-Außenminister in Helsinki zu einem informellen Austausch zum Thema „hybride Bedrohungen“. Was die beiden Begebenheiten verbindet ist der Kampf gegen so genannte Desinformations- und Propagandamaßnahmen.

Tatsächlich gilt das Internet auch in der EU-Bevölkerung nicht als sehr vertrauenswürdig. Im Jahr 2018 wurden dazu 26.000 Personen befragt. 83 Prozent meinten, dass Fake News eine Gefahr für die Demokratie darstellen. Die Befragten empfanden die herkömmlichen Medien (Printmedien, Fernsehen, Radio) als die vertrauenswürdigste Nachrichtenquelle. Als am wenigsten vertrauenswürdig gilt das Internet: Nur ein Viertel der Befragten findet Online-Infos vertrauenswürdig. Seitens der EU



Viele Europäer vertrauen dem Internet als Nachrichtenquelle nicht.

und einiger Mitgliedstaaten richtete sich die Sorge ursprünglich gegen Russland. Kremlnahe Auslandsmedien haben sich nachweislich in politische Abstimmungen und Wahlen eingebracht. Es wurden gezielt Falschmeldungen über Trolle und falsche Social-Media-Konten mit dem Zweck verbreitet, das gesellschaftliche Klima in Westeuropa zu verunsichern. Die bereits 2015

im Kontext der Krim-Krise errichtete „StratCom“-Gruppe soll solche Desinformation für die EU aufzeigen. Sie sitzt im Diplomatischen Außendienst der EU und konnte seither über 4000 Fälle manipulativer Falschinformation aufdecken (www.euvdsinfo.eu).

Allerdings haben die Fake-News-Jäger dieser Kommunikationsbehörde auch die Aufgabe, EU-Politiken in der östlichen Nach-

barschaft besser zu erklären. Ende 2018 nahm die EU einen „Aktionsplan gegen Desinformation“ an. Er zielt darauf ab, Falschinformationen besser zu erkennen und diesen auf EU-Ebene entgegenzutreten.

Auch soll der private Sektor mobilisiert werden, um auf das Phänomen zu reagieren. Bereits im Herbst 2018 hat die EU erreicht, dass Internetriesen wie Facebook, Google oder Twitter einen EU-Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation unterzeichneten. In Aktionsplänen haben sich diese Unternehmen auf konkrete Schritte verpflichtet, um die Werbeeinnahmen von Konten, die Desinformation betreiben, zu unterbinden, politische Werbung als solche zu kennzeichnen und falsche Accounts sowie „online bots“ zu entfernen. Auch wird den Usern ermöglicht, Fälle von Desinformation zu melden. Die finnische EU-Präsidenschaft widmet sich neben der Desinformation auch anderen „hybriden Bedrohungen“.

© Alle Rechte vorbehalten

### 4 FRAGEN AN ...

#### ... Gabriel N. Toggenburg\*



#### „Dolomiten“: Was gilt als „Desinformation“?

Gabriel N. Toggenburg: Nachweislich falsche oder irreführende Informationen, die abgesetzt werden um die Öffentlichkeit zu täuschen oder finanziellen Gewinn zu bringen und die Schaden anzurichten vermögen. Satire oder parteiische Berichterstattung sind bzw. werden natürlich ausdrücklich ausgenommen.

#### „D“: Klingt das nicht trotzdem nach Zensur?

Toggenburg: Tatsächlich ist immer Vorsicht geboten, wenn Beamte von Amts wegen daran gehen, uns zu erklären, was „wahr“ und was „falsch“ ist. Aber von Zensur kann dennoch keine Rede sein, denn die EU setzt hier auf Selbstregulierung wie ja auch die freiwillige Übereinkunft mit Google und anderen zeigt.

#### „D“: Ist Desinformationspolitik nicht so alt wie die Menschheit?

Toggenburg: Das mag sein. Aber die Qualität ist ganz eine andere. Online-Roboter täuschen echte menschliche Meinungen vor. Amtliche Dokumente werden perfekt. Und es gibt nun die Möglichkeit so genannter Deepfakes. Also gefälscht bzw. mit künstlicher Intelligenz und Algorithmen manipulierte Videos. Auf ihnen können Politikern falsche Worte in den Mund gelegt werden. Mit weltweiter und blitzschneller Verbreitung.

#### „D“: Ist nur die Online-Meinungswelt von „hybriden“ Gefahren bedroht?

Toggenburg: Nein, auch Energienetze, Transportketten, Satellitenkommunikation, Gesundheitssysteme oder Nahrungsmittelsicherheit. All diese Strukturen können durch subversive, nicht offizielle, unkonventionelle Angriffe bedroht werden.

© Alle Rechte vorbehalten

\* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz